

Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG DIENSTAG, 20. NOVEMBER 2018 • 74. JAHRGANG • NR. 270 • D • D 2972 • 2,50 €



Nach Tausenden Kilometern fast am Ziel: Etwa 2500 Migranten aus Mittelamerika haben mittlerweile in Mexiko die Grenze zu den USA erreicht.

GREGORY BULL/DPA

Die Grenzen der Abschottung

Hohe Mauern, nationale Alleingänge, Lügenpropaganda: Das alles will der UN-Migrationspakt überwinden. „Ein guter Anfang“, sagt der Politologe Stefan Rother im FR-Interview. **s. 2-4, 11**

EUROPAWAHL

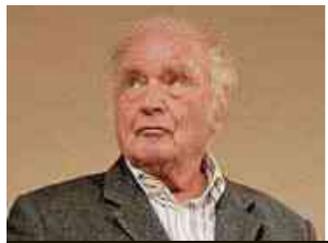
Das Comeback des Yanis Varoufakis

Für die deutsche Kanzlerin findet er immer noch harte Worte, seine Diagnose für das restliche politische Europa fällt ähnlich vernichtend aus: Der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis meldet sich zurück. Mit seiner linken Bewegung DiEM25 will er ins Europaparlament einziehen. **S. 7**

KLIMAWANDEL

Paradies in Gefahr

Palmen und Traumstrände: Die Malediven präsentieren den Touristen die Sonnenseite des Lebens. Doch die Bewohner des Inselstaats leiden unter dem steigenden Meeresspiegel. **S. 20/21**



DPA

LITERATUR

„Spätdienst“: Neues von Martin Walser

Der Schriftsteller, die Schönheit, die Schwäche, das Weiterschreiben: Heute erscheint „Spätdienst“, der neue Notizband des 91 Jahre alten Martin Walser. **S. 30**

REGENWALD

Kahlschlag am Amazonas

Agrar- und Holzfirmen haben in Brasiliens Regenwald zuletzt gewütet wie lange nicht mehr – das führen Beobachter auf den Wahlkampf des neuen Präsidenten Bolsonaro zurück. **S. 15**

PFLEGE-TÜV

Daumen statt Noten für die Heime

Altenheime haben vom Pflege-TÜV Top-Noten erhalten. Eine Reform soll Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bei der Suche nach einer Einrichtung nun aussagekräftigere Bewertungen liefern. Noch besser wäre es, wenn der Gesetzgeber nach einer zehnjährigen Debatte klare Vorgaben machte. **S. 11, 13**



FRANKFURTER RUNDSCHAU, 60266 Frankfurt am Main, Telefon 069/21 99-1
Anzeigen-Service: Fax 069/131 00 30, Telefon 069/21 99-30 00, E-Mail: anzeigen@fr-online.de,
Abo-Service: Fax 069/21 99-32 64, Telefon 069/21 99-30 00, E-Mail: Vertrieb@fr-online.de
Auslandspreise der Frankfurter Rundschau: A, B, NL: 3,20 € - DPAG Entgelt bezahlt

INHALT

Wirtschaft	12	Magazin	20	Rhein-Main	D1
Finanzen	17	Sport	22	TV-Programm	37
Politik	5	Leser/Wetter	18	Familienanzeigen	35
Meinung	10	Rätsel	19	Impressum	8

»FR.DE

Nachrichten aus Rhein-Main
Deutschland und der Welt

UN-Migrationspakt

Der Entwurf zu dem unverbindlichen Vertrag schlägt hohe Wellen. Er soll die Einwanderung weltweit regeln



Ist hinter dem Zaun das bessere Leben? Ein Migrant auf der mexikanischen Seite der Grenze zu den USA.

GUILLERMO ARIAS / AFP

„Die meisten Migranten wollen nicht nach Europa“

Forscher Stefan Rother über mangelhafte Faktenkenntnis, von Populisten befeuerte Ressentiments und konstruktive Einwanderungspolitik in Staaten wie Kanada

Herr Rother, ein Pakt ist gewöhnlich bindend. Wenn man aber den Vertragsentwurf für den Migrationspakt der Vereinten Nationen liest, klingt das mehr nach Absichtserklärungen – alles kann, nichts muss. Das englische „compact“ ist ein schwer zu übersetzendes Wort. Man denkt zwar beim Wort Pakt an „pacta sunt servanda“, Verträge sind einzuhalten, aber bindend ist das nicht, was sich die Staaten da versprechen wollen. Außerdem werden die entscheidenden Adjektive nicht genannt: Es ist ein Pakt für „sichere, geordnete und reguläre Migration“.

Warum heizen Rechte und auch rechtskonservative Medien das Thema an? Man muss sich vielleicht die Frage stellen, woran das liegt, warum das ihnen gelingt. Medienschelte liegt mir fern, dieser Fall zeigt aber, dass man sich von den Rechten die Agenda hat diktieren

lassen, vor allem von der AfD und von der Identitären Bewegung. Mich ärgern dabei vor allem falsche Aussagen, wenn zum Beispiel in der FAZ ein emeritierter Professor schreibt, dass aus den Verhandlungsräumen nichts nach außen trat. Das ist Unfug. Die Verhandlungen wurden online gestreamt, es gab mehrere Entwurfsversionen, die alle öffentlich zugänglich waren und in einschlägigen Kreisen diskutiert wurden. An den Verhandlungen hätte jeder Vertreter des Parlaments teilnehmen können, hat aber leider niemand gemacht von denen, die sich jetzt beschweren. Und als das Globale Forum für Migration und Entwicklung (GFMD) im Juli 2017 in Deutschland gastierte und es grundsätzliche Debatten über die Vereinbarungen gab, erschien nichts darüber in der Presse.

Leider auch nicht in der FR. Was sagt das eigentlich für Sie, wie

Medien mit dem Thema Migration umgehen? Aufgrund meiner Forschung blicke ich global auf das Thema, und wenn ich vergleiche, wie in Deutschland darüber berichtet wird, dann muss ich sagen: mit einem unglaublich verengten Scheuklappenblick. Migration als Bedrohung, Migration als Problem – das ist die Sichtweise. In der Wissenschaft gibt es dafür einen Ausdruck: methodologischer Nationalismus.

Das müssen Sie erklären. Es ist natürlich legitim, wenn ein deutscher Politiker das Thema danach hinterfragt, wie es sich auf Deutschland auswirkt, und dass auch deutsche Medien darauf achten. Aber ein bisschen über den Rand schauen, nicht gleich annehmen, dass alle Migranten nach Europa wollen, dass Migration sehr viele andere Aspekte hat – das kommt leider zu kurz. Gerade im UN-Pakt werden

ZUR PERSON



Stefan Rother, 46, forscht und lehrt am Arnold-Bergstraesser-Institut an der Universität Freiburg zur globalen Migration. Er beschäftigt sich insbesondere mit Auswirkungen der Migration auf aufnehmende und entsendenden Gesellschaften. FR, Foto: privat

viele Punkte behandelt, die Deutschland gar nicht betreffen, sondern die Süd-Süd-Migration. Die globale Ebene der Migration ist bisher vernachlässigt. Insgesamt schafft der Pakt es bisher nur in die Medien, wenn es was Negatives gibt, als zum Beispiel Donald Trump im November vor

einem Jahr aus dem Beratungsprozess ausgestiegen ist.

Ist es typisch deutsch oder europäisch, dass Migration vor allem als Gefahr und Problem gesehen wird? Ist es in anderen Staaten anders?

Die Erfolge der Grünen zeigen ja, dass man sich an dem Thema nicht unbedingt verbrennt. Und ich denke, dass die Mehrheit der Menschen im Land auch für eine humane Migrationspolitik ist. Nur diese Mehrheit schreit nicht wie die laute Minderheit. Und viele Politiker sind vor diesen Schreibern eingeknickt, das sieht man ja besonders gut an der Debatte innerhalb der CSU.

Was ist aus Ihrer Sicht das Hauptproblem in der Debatte über Migration?

Dass nicht genügend betont wird, was alles gut läuft. Auch in Bayern sind auf kommunaler Ebene sehr viele Anstrengungen ge-

Weitergehen oder bleiben

Die ersten 3000 Zentralamerikaner stoßen in Tijuana auf Ablehnung

VON KLAUS EHRRINGFELD

Nach vier Wochen und 4500 Kilometer Fußmarsch und Busfahrt haben die ersten Mitglieder der zentralamerikanischen Migrantenkawane die mexikanische Grenzstadt Tijuana erreicht und treffen dort nun auf massive Zurückweisung bei Bevölkerung und Politikern. Am Sonntag protestierten rund 300 Einwohner der Stadt am Pazifik gegen die Flüchtlinge aus Honduras, El Salvador und Guatemala. Die Bewohner fürchten, die Migranten könnten langfristig in Tijuana bleiben, da sie die schwer gesicherten Grenzanlagen zur USA nicht überwinden können. „Tijuana zuerst“ und „Haut ab“ skandierten Teilnehmer an dem Protestmarsch und behaupteten, der Großteil der Menschen aus Zentralamerika seien Kriminelle. Die Demonstranten versuchten zu der Herberge zu gelangen, wo der Großteil der Frauen, Männer und Kinder untergebracht ist. Sie wurden aber von der Polizei daran gehindert.

Bereits in den Tagen zuvor hatte sich der Bürgermeister der 1,8-Millionen-Stadt, Juan Manuel Gastélum, verächtlich über die Zentralamerikaner geäußert: „Ich würde sie nicht als Migranten bezeichnen“, sagte der konservative Politiker in einem Interview. „Sie sind ein Haufen Land-

streicher und Kiffer. Die Ruhe und die Sicherheit von Tijuana sind in Gefahr.“ Gastélum warf der Zentralregierung in Mexiko, Stadt vor, ihre „Arbeit nicht gemacht“ und die Mittelamerikaner an ihrer Reise durch das Land gehindert zu haben. In den kommenden Tagen werden Tausende weitere Migranten in Tijuana erwartet. Insgesamt sind etwa 9000 Zentralamerikaner in verschiedenen Gruppen auf dem Weg durch Mexiko mit dem erklärten Ziel USA.

Die Chance, bleiben zu dürfen, ist extrem klein

Mit der Ankunft in Tijuana stellt sich unterdessen für viele der Zentralamerikaner die Frage, ob sie den letzten und schwierigsten Schritt der Reise wagen und versuchen, in die Vereinigten Staaten zu gelangen. US-Präsident Donald Trump hat die Menschen immer wieder vor einem Übertritt gewarnt und an die Grenze zusätzliche Sicherheitskräfte verlegt. Trump spricht von einer „Invasion“ und ließ rund 5600 Soldaten entlang der 3200 Kilometer langen Grenze zu Mexiko stationieren, um die Migranten einzuschüchtern.

Hunderte von ihnen haben noch auf mexikanischem Territorium bereits Asyl in den USA be-

antragt in der Hoffnung, so eine Aufenthaltserlaubnis erreichen zu können. Die Chancen sind aber verschwindend gering. Andere, vor allem junge Männer, wollen den beschwerlichen Weg über Wüste, Fluss und durch die Berge als Illegale wagen. Werden sie aber aufgegriffen, haben sie kein Recht mehr, Asyl zu beantragen. Trump hatte ein entsprechendes Dekret Anfang des Monats unterzeichnet.

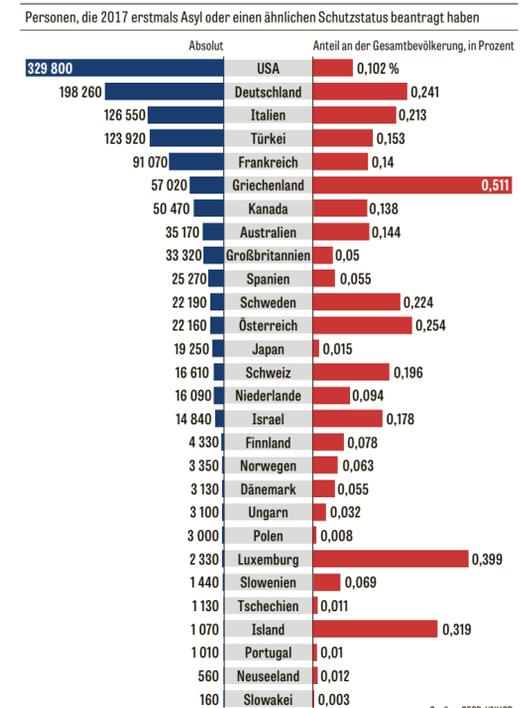
Daher denken vor allem die Familien oder alleinreisenden Mütter darüber nach, in Tijuana zu bleiben. Dort leben bereits Hunderte Zentralamerikaner. In der Grenzstadt werden gewöhnlich gute Löhne gezahlt und Arbeit gibt es auch.

Allerdings schwinden inzwischen auch die Arbeitsmöglichkeiten. Seit zwei Jahren leben am Rande Tijuanas rund 3000 Haitianer, die 2016 mit gültigen Papieren in die USA einreisten, aber von den dortigen Einwanderungsbehörden abgewiesen wurden. Sie haben sich dauerhaft in der Grenzstadt niedergelassen, leben zum Teil in Vierteln ohne fließend Wasser und Straßeninfrastruktur. Die Haitianer üben im Wesentlichen schlecht bezahlte Hilfstätigkeiten aus.

Die Organisation „Pueblo Sin Fronteras“ („Volk ohne Grenzen“) begleitet die Migrantenkawane von Anfang an und bittet nun über die sozialen Netzwerke um Mithilfe von Freiwilligen, Ärzten und Psychologen zur Behandlung der Migranten. Zudem verhandelt die Nichtregierungsorganisation mit den Behörden über Arbeitsmöglichkeiten für die Zentralamerikaner, während diese über ihre weiteren Schritte entscheiden. „Wir schauen auch, ob es jenseits von den USA und Mexiko Möglichkeiten für sie gibt“, sagt Gina Garibó von PSF. „Aber bisher hat sich nichts konkretisiert.“

„Pueblo Sin Fronteras“ schätzt, dass es bis zu drei Monate dauern könnte, Lösungen für die meisten Migranten zu finden. Die Behörden von Tijuana hingegen vermuten, dass dies mindestens ein halbes Jahr dauern wird.

Migration



Quellen: OECD, UNHCR

INTERVIEW: VIKTOR FUNK